

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Angebote für Jugendliche in Not verlässlich finanzieren!

Die Schließung der Kriseneinrichtung des Mädchenhauses bedeutet eine schwerwiegende Veränderung in unserem Notaufnahmesystem. Die Einrichtung war ein wichtiger Anlaufpunkt für Mädchen mit gravierenden familiären Problemen. Als anonyme Einrichtung und durch die enge Verzahnung mit dem Notruftelefon war diese Einrichtung ein in Bremen einmaliges Angebot.

Um die verschiedenen Bremer Notaufnahmeeinrichtungen für Jugendliche zu erhalten, weiterzuentwickeln und krisenfest zu machen, reicht es nicht aus festzulegen, wie viele Plätze für Jugendliche in Not Bremen benötigt. Es ist entscheidend, die Finanzierung der Einrichtungen zu verändern. Die Bezahlung der Träger nach belegten Plätzen führt zu einem unkontrollierten Trägersterben, das eine kontinuierliche Jugendhilfeplanung unmöglich macht. Die Schließung des Mädchenhauses ist ein erstes Ergebnis dieses Prozesses. Jugendhilfepolitisch sinnvoll wäre der Umstieg auf eine Grundfinanzierung, der die Schwankungen in den Belegzahlen ausgleicht. Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass für alle Jugendlichen jederzeit ein adäquates Angebot bereitsteht.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, in den Verhandlungen mit den Trägern der Notaufnahme darauf hinzuwirken, im Zuge einer Systemumstellung der Notaufnahme die Entgeltstruktur dahingehend zu verändern, dass künftig eine Grundfinanzierung für eine festzulegende Anzahl an Notaufnahmeplätzen gezahlt wird.

Jens Crueger,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen